

Schaffen und nicht Macht über sie zu gewinnen.

Roosevelt hat den Zeit seines Tages noch nicht erreicht. Roosevelt wird zum amerikanischen Volke zurückkehren und er wird über dasselbe herrschen, wie dies seine Absicht ist.

Doch „entgegenwart“ ist kaum das richtige Wort. Mit fürchterlicher Geschwindigkeit steuert wie einer langen Kugel und abgrundtiefer Unheil zu — einer Krise und einem Unheil, in die die ganze Welt mit hineingerissen werden wird.

Nun weiß der Kapitalismus, daß Herr Roosevelt gerade der Mensch ist, auf den er sich verlassen kann, den christlichen Markt für ihn zu gewinnen. Er weiß auch sehr gut, daß die Arbeit seinen armenigen Feind in der Welt hat als Herrn Roosevelt.

Roosevelt verachtet die Arbeiterklasse von Herzen. Er verachtet den Traum von sozialer Gleichberechtigung. Er haßt alles Streben der Seele nach Freiheit. Er haßt die Arbeit seinen armenigen Feind in der Welt hat als Herrn Roosevelt.

Roosevelt wird nach Amerika zurückkehren, und er wird über Amerika herrschen. Er trägt die Nation in der Höhlung seiner Hand. Er wird zum Präsidenten gewählt werden.

### Deutsches Reich.

Aus dem Reichstage.

Am Reichstag, dessen Vizepräsident Dr. Spahn dem verstorbenen König Eduard VII. einen Nachruf widmete, war am Montag großer Rehras. Mit Eifer und Schnelligkeit untersog sich das Haus der Aufgabe, die Reste aufzuarbeiten.

um Entschädigung für die Schäden, die sie durch das volksherrliche Jüdenwarengesetz erlitten haben, wurden einstimmig zur Verabsichtigung überwiesen.

Deute, Dienstag, gedenkt der Reichstag das Alltagsgesetz wünschlich in zweiter und dritter Lesung zu bewilligen.

### Wilms, der Wahlrechtsfeind.

Dem Oberbürgermeister Wilms ist die Resolution unterbreitet worden, die vor kurzem in einer bürgerlichen Versammlung angenommen wurde und die ein Wahlrechtsvotum gegen Wilms wahlrechtsfeindliche Verordnungen ausspricht.

„Aber ich will beklagen, Ihnen den Empfang der Resolution der Reichstags-Versammlung vom 3. Mai zu beklagen, gestatte ich mir, folgendes zu dieser Resolution ganz ergeben zu bemerken: Die Form der Resolution — Ausdruck des Bestrebens — und der Gang der Diskussion — Behandlung meiner amtlichen Stellung und Wiederwahl — erwecken den Eindruck einer Vereinfachung des mit verfassungsmäßig zugehörigen Rechts auf freie Meinungsäußerung.“

„Mit Recht bemerkt das P. L. zu dieser Antwort: „Daß der Herr Oberbürgermeister das „Recht auf freie Meinungsäußerung“ für sich in Anspruch nimmt, klingt ja ganz gut, aber besser wäre es doch noch gewesen, wenn Herr Wilms vor seiner Wahl zum Posener Oberbürgermeister von diesem Recht auf freie Meinungsäußerung Gebrauch gemacht hätte.“

### Von der bremischen Inquisition.

Der Buchhalter Erich Freuthal in Bremen, der wegen Jugendverweigerung in Sachen des Hebeltelegramms der bremischen Lehrer zu 200 M. Geldstrafe verurteilt wurde, und weil er sie nicht bezahlte, 20 Tage Haft zu verbüßen hatte, ist inzwischen, weil er auch weiterhin sich weigert, auszuliegen, zu weiterer Haftstrafe verurteilt worden.

Der hochverehrte Senat der freien Hansestadt Bremen dürfte also nach dem Ruhme, mit allen Mitteln den Verrat eines Geheimnisses zu erlangen, das aus Ehrenhaftigkeit nicht preisgegeben werden wird, Hochvermehrter Senat wird bedauern, weder Daumenschrauben noch den zweiten und dritten Grad der Inquisitionstortur anwenden zu können.

### Ein Scherzhafter Herr.

Ein Amtsvorsteher im Wahlkreis Nordhausen hat ein geradezu geniales Mittel entdeckt, sozialdemokratische Organisationen im Lande zu beseitigen. Inneren Genossen war es möglich, in Groß-Bernden einen sozialdemokratischen Verein zu gründen.

„Nun gebe ich Ihnen anheim, ob es nicht ratsam und für unsere örtlichen Verhältnisse viel richtiger wäre, wenn der unter Ihrer führenden Leitung stehende sozialdemokratische Verein sein politisches Parteiprogramm aufgeben und sich in einen evangelisch-christlichen Arbeiterverein ohne politischen Zweck umwandeln würde.“

Der Amtsvorsteher J. Lorenz.

Unsere Parteigenossen in Groß-Bernden haben lange keinen so vergnügten Tag gehabt wie den, an dem ihnen dieses erbauliche Schreiben bekannt wurde.

### Der Braunschweiger Prozeß.

Von der Verteilung waren für die Verhandlung am Montag noch weitere 42 Zeugen geladen worden, die zunächst bis Mittwoch beurlaubt wurden. Am Montag wurden 18 Zeugen vernommen. Die Zeugenaussagen ergaben das aus solchen Prozeßfällen bereits gewohnte Bild: Ein Teil der Zeugen will gesehen haben, wie die Polizei mit Gewaltsamkeit in die Wohnung einbrach.

Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Rosenfeld: Wissen Sie, wer erschossen hat? — Zeuge: Nein. — Verteidiger: Haben Sie geschossen? — Zeuge: Nein. — Verteidiger: Führten Sie eine Waffe bei sich? — Zeuge: Jawohl, ich hatte einen Revolver bei mir. — Verteidiger: Sie behaupten aber, nicht geschossen zu haben? — Zeuge: Jawohl. — Verteidiger: Auf Ihren Eid? — Zeuge: Jawohl. — Verteidiger: In Ihrer Verzeihung befinden sich noch zwei Kriminalbeamte in Haft. — Zeuge: Jawohl. — Verteidiger: Haben diese Kriminalbeamten etwa geschossen? — Zeuge: Nein. — Verteidiger: Das erklären Sie auch auf Ihren Eid? — Zeuge: Jawohl.

Auf verschiedene Fragen betweilerte der Zeuge unter Berufung auf seine Schweigepflicht die Antwort; erhielt aber vom Polizeipräsidenten Dr. v. Busch die Genehmigung zur Aussage. Er bekundete: Er habe am 26. Januar von seiner vorgehenden Behörde den Auftrag erhalten, sich nach dem Böhmlerweg zu begeben, um zu beobachten, was und was dort gerade abgegangen sei, und in welcher Weise die Demonstration vor sich gehe.

Verhandlung stattfinden werde? — Zeuge: Ich weiß nicht, ob ich hierauf antworten darf. — Der Polizeipräsident läßt ihn zwischen entlassen.

Rechtsanwalt Dr. Rosenfeld beantragte, wegen Ermordung dieser Mord die Genehmigung des Polizeipräsidenten eingeholt zu werden.

Zur Erörterung der deutsch-französischen Handelsverträge ist der Wirtschaftliche Ausschuss auf den 20. Mai einberufen. Reform des preussischen Einkommensteuergesetzes. Die Steuererlässe, die sich allerdings noch im Stadium der Vorarbeiten befinden, stärkere Mittel bringen, um die Steuererlässe zu erhöhen.

Arbeitslosen für preussische Landtagsabgeordnete. Die bereits fertiggestellten Arbeitslosen werden in den nächsten Tagen zur Ausgabe gelangen. Die Karten gelten nur für die Fahrt zum Bahnhof des Abgeordneten nach Berlin und zurück.

Die Informationsreise. Die für die nächste Woche geplante Informationsreise ist bis zum Herbst verschoben.

In den Kreisen der demokratischen Vereinigung tritt die Not hervor, den früheren Führer der Vereinigung Dr. v. Schöningh, jetzt Rechtsanwalt in Dortmund, im Wahlkreis Hamm als Reichstagskandidaten aufzustellen.

Sanftmütige Projekte. Nach einer Erklärung des Reichstages des Reichstages in der Generalversammlung des Reichstages über die Sanftmütigen in der Reichstagskammer wird der gesamte Reichstagskammer „vornehmlich“ demüht sein, agrarische Kandidaten Fälle zu bringen zugunsten solcher aus Handel, Industrie und Gewerbe.

### Deutsche Reichstagsabgeordnete für die Freiheit Finnlands.

Unter den Mitgliedern der Deutschen Reichstagskammer am Montag eine an den Präsidenten und die Mitglieder der russischen Reichsduma gerichtete Adresse zum Inhalt der russischen Unabhängigkeit. In diesem Schriftstück wird zunächst die Erklärung zahlreicher europäischer Staatsrechtslehrer für Finnland wiedergegeben, dann heißt es weiter:

Diese Angelegenheit ist eine innere Angelegenheit des Landes und es liegt uns vollständig fern, uns in dieselbe einzumischen zu wollen. Wenn wir, Mitglieder der Reichstagskammer, in dieser Frage und in kollektiver Entscheidung zu handeln, so geschieht dies nicht, um an der Haltung der Russen teilnehmen zu wollen, irgendeine Anteil zu übernehmen, sondern wir tun dies lediglich aus der aufrichtigen Überzeugung heraus, daß es dazu beitragen wird, das gute Einvernehmen zwischen unserem Lande und den Vertretern des russischen Volkes zu befestigen.

Stützt auf die seitens der obengenannten Kategorien dem Gebiete des Völkerrechts gedanklichen Ansichten, gestützt und zugleich ehrenhaftig der Hoffnung Ausdruck zu verleihen, daß die Vertreter des russischen Volkes, denen die ebenso kostbare wie verantwortliche geschichtliche Aufgabe anvertraut ist, die ersten Grundlagen des selbständigen politischen Lebens des Vaterlandes auszubauen, auch mit Entschlossenheit für die Wahrung der Freiheit und der Gerechtigkeiten Finnlands eintreten werden.

Die Adresse wurde von Abgeordneten verschiedener Parteien unterzeichnet. Die Sozialdemokraten, soweit sie in Halle anwesend waren, unterzeichneten ausnahmslos. Die Erklärung gleichen Inhalts fand im englischen Unterhaus 163 Unterschriften aus den verschiedensten Parteienlagern.

Kleine politische Nachrichten. Am Zusammenhange mit den Versammlungen wurden in Barbano (Liguria) zwischen der Abgeordneten der verschiedenen Parteien Revolvereinsatz gemacht. Zahlreiche parlamentarische Vertreter erlitten Verletzungen. — Die freirepublikanische Versammlung wurde im Hause des Königs von Griechenland eröffnet. Unter hundertjährigen Umgebungen erfolgte die Eidesleistung auf den König von Griechenland, um den früheren Beschluß über die Einberufung des Reichstages zu erneuern. — In der türkischen Kammer des Reichstages wurde am 10. März ein Antrag auf Verabschiedung eines Gesetzes über die Verabschiedung der arabischen Angelegenheiten, den Araber Schacht betreffend, im Jüdisch gehaltenen Heimberichter. Schacht hielt bei den Anträgen in dem Palast des Reichstages. Schacht hielt bei den Anträgen in dem Palast des Reichstages.

### Ausland.

#### England.

#### Der Thronwechsel.

London, 8. Mai. Bei fast allen Völkern der Welt wurde aus Anlaß der Thronbesteigung des Königs Georg VI. gefeiert.

Mr. Barnes, der Führer der englischen Arbeiterpartei, die gegenwärtig mit englischen Abgeordneten im Reichstag sitzt, erklärte, daß durch den Tod Eduards VII. die innere und äußere Lage sehr verschlechtert werde. Der verstorbenen Königs Witwe werde der Thron nicht bestimmt ausgelegt, aber erklärt, daß alles um wolle, um die Oberhausreform zu ermöglichen. Der neue König sei ein Freund der Tories. Gendreau, der frühere Führer der Arbeiterpartei, sagte hinzu, daß der Tod des Königs Eduard VII. nicht die Ursache der Krise sei, sondern die nochmal ausgeprochenen Willen des Volkes in die Verwirklichung der Rechte der Lords willigen werde.